

**Josefine Paul MdL**  
Sprecherin für Kinder-, Jugend- und Familienpolitik

**Rede**  
**zur Aktuellen Stunde**

**„Familien und Kinder in der Krise nicht alleine lassen!“**

**Antrag der GRÜNEN im Landtag, Drucksache 17/9100**

am 30. April 2020

(Es gilt das gesprochene Wort)

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

die aktuelle Krise trifft Kinder und Familien besonders hart. Mittlerweile hat das die gesellschaftlichen und politischen Debatten, auch über einen Fachkreis hinaus, erreicht. Doch was folgt daraus? Wir erleben leider, dass – aller Beteuerungen zum Trotz – die Belange von Kindern und Familien nicht nur nicht mitgedacht werden, faktisch werden sie benachteiligt.

Kinder leben seit Wochen in familiärer Isolation: Sie dürfen nicht regulär in Kita oder Schule gehen, sie können sich nicht allein mit Freunden zum Spaziergehen verabreden, sie dürfen nicht auf Spielplätze, sie können kaum noch Kontakt zu Freunden halten und können ihre Großeltern derzeit nicht sehen. Auch Jugendlichen fehlen die Räume, in denen sie sich mit Gleichaltrigen austauschen und Bezugspersonen jenseits der Kernfamilie haben. Sechs Wochen sind eine lange Zeit für Kinder und Jugendliche. Die Situation ist auch für sie emotional belastend und sie haben so gut wie keine Ausweichmöglichkeiten. Auch Kinder und Jugendliche machen sich Sorgen in der Krise und haben Probleme, mit denen sie jetzt alleine dastehen.

Die Kinder- und Jugendhilfe tut viel, um Kontakte und Unterstützung zu ermöglichen. Denn gerade jetzt ist es wichtig, dass Kinder und Jugendliche Unterstützung und Hilfe finden und dass sie nicht aus dem Blick geraten. Kinderschutz in Zeiten von Corona muss eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe sein. In vielen Familien verschärfen sich Konflikte und damit steigt auch die Gefahr häuslicher Gewalt. In Zeiten von Kontaktbeschränkungen steigt aber auch die Gefahr, dass häusliche Gewalt unbemerkt bleibt und Betroffene schwieriger Zugang zu Hilfsangeboten finden.

Aber auch für Eltern ist die aktuelle Situation eine schwierige Herausforderung. Von einem Tag auf den anderen mussten die allermeisten Eltern die Betreuung ihrer Kinder alleine organisieren. Kinderbetreuungszeit ist anspruchsvolle Zeit: Überforderung und gesundheitliche Belastungen können Folge der aktuellen Situation sein. Der VdK fordert einen „Rettungsschirm für Eltern“, denn die derzeitigen Entschädigungsansprüche für Eltern nach dem Infektionsschutzgesetz greifen in vielen Fällen nicht oder zu kurz. Eltern brauchen auch dann Unterstützung, wenn sie im Homeoffice arbeiten, wenn sie ihre

---

Arbeitszeit reduziert haben und vor allem brauchen sie die Sicherheit, dass sie für länger als sechs Wochen einen Anspruch haben.

Zu dieser Unterstützung gehört auch, die Eltern jetzt verlässlich von Kita-Gebühren zu entlasten. Das Rumgeeier von Monat zu Monat durch Familienminister Stamp ist nicht nachzuvollziehen. Familien sind ganz sicher keine Gruppe, bei der in Krisenzeiten gespart werden sollte!

In vielen Familien kommen auch existenzielle Nöte aus Sorge um den Arbeitsplatz dazu. Besonders arme Familien dürfen jetzt nicht durch das Netz fallen, weil viele Unterstützungsleistungen, wie das kostenlose Mittagessen in Kita und Schule, wegfallen. Die Corona-Krise darf nicht zu einer Bildungskrise werden, weil sich jetzt noch deutlicher zeigt, dass Bildungserfolg und Elterneinkommen zusammenhängen. Kinder und Jugendliche dürfen nicht abgehängt werden, weil sie keinen vernünftigen Zugang zu Endgeräten oder Datenvolumen haben, weil es zu Hause nicht genug Platz und wenig Unterstützung durch die Eltern gibt.

Es wurden in den letzten Wochen nicht die richtigen Prioritäten gesetzt. Im öffentlichen Krisenmanagement spielten die Interessen von Kindern und Jugendlichen keine Rolle. Kinder und Familien haben nur sehr zögerlich staatliche Unterstützung bekommen und stehen jetzt noch immer unter einem sehr löchrigen Rettungsschirm.

Wir diskutieren über Möbelhäuser und Fußball, aber Kinder dürfen nicht einmal auf den Spielplatz gehen. Kinder brauchen auch in der Krise Räume und insbesondere, wenn ihre Räume gerade geschlossen sind, dann brauchen sie mehr Platz im öffentlichen Raum!

Nun haben die Familien- und Jugendminister\*innen einen Plan auf den Weg gebracht, der Perspektiven für eine schrittweise Öffnung der Kitas zum Ziel hat: Klar ist, dass es keine schnelle Rückkehr zur Normalität geben kann. Es braucht daher Maßnahmen, um Kinder zu fördern und Familien zu entlasten und den Kinderschutz zu gewährleisten. Dabei muss es unterschiedliche Lösungsansätze geben. Die Bedarfslagen von Kindern und Familien sind unterschiedlich, deshalb sind auch vielfältige Lösungswege gefragt.

Zentral dabei muss der Schutz der Beschäftigten sein. Dies ist Voraussetzung für eine schrittweise Öffnung. Bereits Mitte April haben wir eingefordert, dass es einheitliche Infektionsschutzstandards für die Kinderbetreuung geben muss. Entscheidend Fragen dabei sind, wie viele Fachkräfte gehören einer Risikogruppe an und stehen somit nicht zur Verfügung? Wie kann eine schrittweise Öffnung für mehr Kinder unter Einhaltung des Gesundheitsschutzes gewährleistet werden? Und wie können diese Rahmenbedingung unter Voraussetzung kleiner und fester Gruppengrößen sichergestellt werden?

Minister Stamp hat den Durchschnittswert von zehn Prozent Kindern in der Notbetreuung in den Raum gestellt. Auf welche Annahmen er sich dabei bezieht und was das einer Kita hilft, die einen weitaus größeren Andrang zu lenken hat, beantwortet das Ministerium nicht.

Neben dem Infektionsschutz muss der Ausgleich sozialer Härten Priorität bei weiteren Überlegungen zu Öffnungen haben. Es gibt bereits viele Ansätze für alternative Angebote, um Kindern und Jugendlichen wenigstens kleine Freiräume in der Krise zu ermöglichen. Die Landesregierung muss gemeinsam mit Kommunen und Verbänden Konzepte entwickeln, um Kindern und Jugendlichen wieder mehr Bewegungs- und Begegnungsräume zu ermöglichen: Öffnung von Spielplätzen, betreute Spiel- und Bewegungsangebote im Freien, temporäre Spielstraßen und sichere Radwege, Öffnung von Offen Treffs und Jugendzentren für kleine, feste Gruppen zu jeweils festgelegten

Zeiten. Dabei kann auch die Jugendverbandsarbeit mit ihren vielen engagierten Ehrenamtlichen einen wichtigen Beitrag leisten.

Kinder dürfen in der aktuellen Krise nicht stigmatisiert werden, weil wir zu wenig über die Auswirkungen des Corona-Virus auf Kinder wissen. Es ist Aufgabe der Landesregierung, die Wissenschaft zu beauftragen hier eine valide Forschungslage zu schaffen. Es ist nicht Aufgabe des Familienministers, Virologen medial dafür zu kritisieren, dass sie versuchen, der Öffentlichkeit die aktuelle Situation wissenschaftlich zu erklären.

Kinder sind systemrelevant! Und ich weiß, klatschen allein reicht nicht, aber ich möchte zum Schluss eben denen danken, die so viel aushalten und doch so wenig gesehen werden. Ich möchte den Kindern danken: Ihr macht das großartig!